

Andreas Hinderks:

„Wie es ist, darf es nicht bleiben“

Der Weyher Ortsvorsitzende vertritt die FDP im Bundestagswahlkampf für den Wahlkreis Diepholz/Nienburg I - Zwei Präsenz-Parteitage in Twistringen

Mit zwei Präsenz-Parteitag an einem Abend erledigte die FDP des Kreisverbandes Diepholz die gesetzlich vorgeschriebenen Vorbereitungen für die anstehenden Wahlen. Im großen Saal des Hotels „Zur Börse“ in Twistringen waren nicht nur die Plätze auf Abstand eingerichtet, sondern es galt auch ein mit dem Gesundheitsamt abgestimmtes Hygienekonzept. Kreisvorsitzender Dr. Marco Genthe begrüßte dazu 40 Mitglieder und sprach von zwei „technischen sowie formalen Parteitag“, die angesichts des bevorstehenden Landesparteitages der FDP im Juni in Hildesheim und der Bundestagswahl im September notwendig waren.

Einen weiten Raum nahmen die Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag sowie zur Landesvertreterversammlung ein. Folgende Mitglieder werden den Kreisverband Diepholz vertreten: Dr. Marco Genthe, Weyhe; Reinhard Kawemeyer, Wagenfeld-Rehden; Lars Mester, Diepholz; Mathis Langhorst, Diepholz; Alexander Carapinha Hesse, Stuhr; Heike Hannker, Lemförde; Henning Jürgens, Sulingen Land; Hans-Werner Schwarz, Diepholz; Domingo Peiniger, Barnstorf; Jürgen Hage, Lemförde; Andreas Hinderks, Weyhe; Alexander Grafe, Syke-Br.-Vilsen; Ludwig Wiegmann, Lemförde und Jürgen Timm, Stuhr.

Anschließend eröffnete Dr. Marco Genthe die Wahlkreisversammlung für den Bereich Diepholz / Nienburg I. Der Kandidat der letzten Bundestagswahl, Alexander Carapinha Hesse, schlug für die anstehende Bundestagswahl den FDP Ortsvorsitzenden aus Weyhe, Andreas Hinderks, als neuen Kandidaten vor.

„Wie es ist, darf es nicht bleiben.“, sagte Hinderks in seiner Bewerbungsrede. Seine Schwerpunkte für die Bundestagswahl sieht er in der Digitalisierung, Bildung und Wirtschaft. Als Informati-



Nach seiner Vorstellungsrede wurde der Weyher FDP Ortsvorsitzende Andreas Hinderks einstimmig zum Kandidaten für die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 33 Diepholz / Nienburg I von den 40 Delegierten in Twistringen gewählt. Erster Gratulant war der Kreisvorsitzende Dr. Marco Genthe (l.), der Hinderks alle Unterstützung durch den Kreisverband Diepholz zusagte.

Foto: Reinhard Kawemeyer

ker sei für ihn gerade der Bereich der Digitalisierung nicht nur selbstverständlich, sondern auch absolut notwendig, schon allein wegen der Wettbewerbsfähigkeit. „Neben der Digitalisierung der Bildung ist mir die Chancengleichheit und die Qualität in der Bildung sehr wichtig. Wir benötigen in den nächsten Jahren gut ausgebildete Fachkräfte und das Bildungssystem ist das Fundament dafür.“, so Hinderks. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass der stete Wandel der Wirtschaft neue Ideen und

Wege erfordere. Dazu würde nicht nur die Digitalisierung und Technologisierung, sondern auch die Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung gehören. „Im Großen und Ganzen: Nie gab es mehr zu tun!“, so Hinderks zusammenfassend. Nach der sehr engagiert vorgetragenen Rede wurde Hinderks einstimmig von der Versammlung gewählt.

Während die Stimmen ausgezählt wurden, nutzte Reinhard Hansemann die Gelegenheit und informierte über den

Verlauf der Diskussion hinsichtlich der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Syke. Die Liberalen setzen sich sowohl auf Landesebene, als auch in den einzelnen Kommunen dafür ein, dass Anlieger von zu sanierenden Straßen nicht mehr finanziell belastet werden. Der Unterhalt von Straßen sei die Aufgabe aller Steuerzahler und nicht die von denjenigen, die zufällig an der Straße wohnen, so die einhellige Meinung.

Text: Dr. Marco Genthe und Reinhard Kawemeyer

Liebe Parteifreunde,

Corona hat dafür gesorgt, dass viele unserer Veranstaltungen in den letzten Monaten leider nicht stattfinden konnten. Jetzt haben wir erneut einen Präsenz-Wahlkreisparteitag, bei dem wir die Listen zur Kreistagswahl festlegen. Darüber werden wir Sie dann zeitnah informieren.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

A handwritten signature in black ink that reads "Marco Genthe".



Der Landesvorsitzende Dr. Stefan Birkner begeisterte mit seiner Rede die 300 Delegierten zu Beginn des Landesparteitages in Hildesheim. Unsere beiden Fotos auf den Seiten zeigt einen Einblick in den Saal mit den Delegierten unseres Kreisverbandes, die vollzählig erschienen waren.

Jürgen Timm aus Stuhr ist ein „alter Hase“ bei Landesparteitagen. In Hildesheim erfüllte er erneut die Aufgabe eines Kassenprüfers und trug den Bericht vor. Des Weiteren beantragte er abschließend die Entlastung des Landesvorstandes, die einstimmig erteilt wurde. Alle Fotos: Reinhard Kawemeyer



WAHL DER LANDESLISTENPLÄTZE 1 - 12 ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

1. Christian Dürr
2. Jens Beeck
3. Anja Schulz
4. Konstantin Kuhle
5. Knut Gerschau
6. Dr. Gero Hocker
7. Matthias Seestern-Pauly
8. Anikó Merten
9. Dr. Henrik Jacobs
10. Daniel Rüdell
11. Sarah Buss
12. Nino Ruschmeyer

13 Delegierte nahmen am Landesparteitag teil

Der Kreisverband Diepholz nahm am Landesparteitag sowie an der Landesvertreterversammlung am 5. Juni 2021 mit 13 Delegierten in Hildesheim teil. Im Mittelpunkt standen zunächst die Rechenschaftsberichte und Verabschiedung von verschiedenen Anträgen. Bei der Landesvertreterversammlung wurden dann die Kandidaten zur Landesliste zur Bundestagswahl gewählt.

WAHL DER LANDESLISTENPLÄTZE 13- 28 ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

13. Nadin Zaya
14. Steven Hermeling
15. Carolin Abeln
16. Nemir Ali
17. Kristin Krumm
18. Moritz Mönkemeyer
19. Anton van den Born
20. Hendrik Theemann
21. Max Weitemeier
22. Ferhat Asi
23. Alexander Künzle
24. Katharina Wieking
25. Thomas Schellhorn
26. Jan Andreas Hinderks
27. Günter Wichert
28. Grigorios Aggelidis



Rolf Husmann und Marco Genthe kündigen Widerstand an!

Gegen das Kommunalverfassungsgesetz - Benachteiligung kleiner Fraktionen unbedingt verhindern

„Die Bürgerinnen und Bürger treffen mit ihrer Wahl eine Entscheidung und es ist eine Frage des demokratischen Grundverständnisses, diese Entscheidung auch ernst zu nehmen“, sagt Rolf Husmann, Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion.

Er kündigt entschiedenen Widerstand seiner Fraktion gegen die geplante Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes an. Diese sieht vor, die Berechnungsgrundlagen für die Zusammensetzung kommunaler Ausschüsse zu Lasten kleinerer Fraktionen zu ändern. Der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Marco Genthe erklärt: „Die Begründung der Landesregierung, dass die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse gestärkt werden soll, indem einfacher Mehrheiten zu bilden sind, ist absurd. Wenn der Wähler mehr Diskussionen und weniger absolute Mehrheiten möchte, dann ist das zu respektieren! Nun die eigene Regierungsmehrheit im Landtag auszunutzen, um die Mei-

nungsvielfalt in den kommunalen Parlamenten zu beschneiden, ist angesichts der gesellschaftlichen Debatte absolut kontraproduktiv.“

Rolf Husmann findet den Zeitpunkt der Änderung auffällig: „Bei der Großen Koalition geht offenkundig die Angst um. Im Landkreis Diepholz haben wir gute Erfahrungen mit der Beteiligung aller demokratischen Parteien gemacht! Jetzt wollen SPD und CDU fünf Monate vor der Kommunalwahl mit einem formalen Kniff verhindern, dass die Vielfalt kommunaler Vertretungen in den wichtigen Gremien weiter abgebildet wird. Statt Bürgerbeteiligung zu stärken, sollen hier Pfründe gesichert werden.“

Husmann und Genthe sind enttäuscht, hoffen jedoch, dass CDU und SPD im Landtag noch einlenken.

„Eine Abkehr von demokratischen Prozessen, noch dazu aus Hannover, ist ein verheerendes Zeichen, welches die Freien Demokraten zutiefst ablehnen,“ betonen die beiden FDP-Politiker.

CDU und SPD gilt in der Kommunalwahl die rote Karte!

Durch Änderungen der Kommunalverfassung wollen die beiden (ehemaligen) Volksparteien die durch die freie Wahl erreichten Kommunalmandate für kleine Fraktionen oder für Einzelbewerber herabsetzen, in dem sie sich durch ein undemokratisches Auszählverfahren für die Ausschussbesetzung in den Räten und Kreistagen einen Vorteil für ihre eigenen Fraktionen verschaffen wollen. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern, also unseren Wählerinnen und Wählern, im Wahlkampf klar machen. Bei der CDU liegt diese Machart im Blut, sie wollte schon mal unter Christian Wulf das englische Mehrheitswahlrecht in Niedersachsen einführen. Das soll wohl bei der CDU wieder der nächste Schritt sein.

Bei der SPD liegt das wohl an ihren Wahlprognosen und purer Angst.

Abgeordnete sind aber nicht weniger wert, als die von CDU und SPD, und sie sind nicht verantwortlich für die Angstpsychosen der SPD.

Ganz schlimm ist, dass die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemein-

debund und Städtetag) diese Rechtsänderung wollen. Angeblich lassen sich deren Meinung bei den Ausschussberatungen mit einigen Einzelmitgliedern bei einer Beschlussfassung „schlecht Mehrheiten darstellen“.

Das ist ein unglaublicher Vorgang!

Die Verbände, die eigentlich die Kommunen in ihrer Arbeit unterstützen sollen, stellen sich gegen die vom Wahlvolk gewünschte Arbeit der Gewählten.

So etwas haben sie schon mal versucht, als die FDP in Niedersachsen im Landtag die Kreisausschüsse und die Verwaltungsausschüsse für alle Kreistags- und Ratsmitglieder bei deren Beratungen zugänglich machte.

Von den Verbänden ist das keine gute Unterstützung der Kommunalpolitik! Vielleicht sollte man die Mitgliedschaft der Städte und Gemeinden in den Verbänden mal in Frage stellen.

Für die FDP heißt das Vorhaben der CDU und SPD jedenfalls Attacke!

Jürgen Timm

Mitglied der FDP Kreistagsfraktion

Konzept der FDP für den Umgang mit den Wasserressourcen im Landkreis Diepholz

Das war und ist ein großes Thema in unserer Kreistagsfraktion, das Mathis Langhorst für unsere Fraktion aufgearbeitet hat. Daraus konnten Jürgen Timm und Mathis Langhorst einen Leserbrief veröffentlichen (Kreiszeitung). Unser Konzept sieht u.a. vor, dass wir die Trinkwasserversorgung zukunftssicher machen.

Dazu brauchen wir einen besseren technischen Standard. Und, dazu brauchen wir keine falsche Zuordnung von Verbrauchern.

Das Thema der Ressourcenschonung ist z.B. kein spezifisches Thema der Landwirtschaft, die mit ihren zu beregnenden Flächen in Deutschland mit 3% an der Nutzung beteiligt ist.

Sogar das kann im Ergebnis noch mit von uns angeregten Maßnahmen noch verbessert werden. Wir müssen alle gesellschaftlichen Belange beim Trinkwasser und Grundwasserverbrauch auf den Prüfstand stellen. Ganz wichtig tritt dabei auch die Ressource „Oberflächenwasser“ in unser Blickfeld.

Hier werden wir in Zukunft nicht darum herum kommen, wie wir dafür Speichersysteme in natürlicher und technischer Weise schaffen können.

Auch wenn der Landkreis schon Maßnahmen ergriffen hat, es gibt noch viel mehr zu tun, um auch hier dem Klimawandel zu trotzen.

Jürgen Timm, Stuhr

Mathis Langhorst, Diepholz

„Um die Nutzung von Regenwasser stärker zu etablieren“

Zum Artikel „Dürre-Sommer Keine Entwarnung“, Kreis & Region vom 17. Mai.

Was der Einzelne vielleicht aus dem Bauch heraus bereits ahnte, bestätigt das Helmholtz-Zentrum nun auch wissenschaftlich - Trockenperioden und die damit verbundene Wasserknappheit bleiben dauerhafte, gesellschaftliche Herausforderungen. Diese nimmt der Landkreis Diepholz zum Anlass, ein Wasserversorgungskonzept zu erstellen.

Der Aufforderung zur Mitarbeit an diesem Konzept folgte die FDP-Fraktion des Kreistages mit einem eigenen Konzept und reichte dieses im September 2020 bei Landrat Bockhop ein.

Insbesondere die im Artikel der Kreiszeitung erwähnte drohende Überlastung der Trinkwasserinfrastruktur abzuwenden, ist uns dabei ein besonderes Anliegen. So lassen sich viele Arbeiten, die aktuell hauptsächlich mit bestem Trinkwasser erledigt werden (Toilettenspülung, Gartenbewässerung und andere) ersatzweise mit Regenwasser bestreiten.

Der Landkreis sollte hier seinen Spielraum des Förderns und Forderns nutzen, um die Nutzung von Regenwasser stärker

zu etablieren. Eine weitere, sehr umfangreiche Entlastung der öffentlichen Wasserversorger kann der Landkreis durch die ihm obliegende Genehmigungspraxis bieten. Wenn die untere Wasserbehörde Gewerbe-, Gartenbau- und viehhaltenden Betrieben die Errichtung und die Nutzung eigener Brauchwasserbrunnen erleichtern würde, könnte dies zu einer nachhaltigen Schonung der vorhandenen Trinkwasserressourcen führen.

Insbesondere auch der von Herrn Poppen beschriebene, technisch herausfordernde Druckabfall im öffentlichen Versorgungsnetz bei hohen Wasserverbräuchen könnte damit verhindert werden. Jedoch nicht nur in der eigentlichen Nutzung des Grundwassers schlummern noch ungenutzte Potenziale, auch die Neubildung von Grundwasser kann durch gezielte Maßnahmen gefördert und geschützt werden. Das vollständige Wasserversorgungskonzept der FDP-Kreistagsfraktion findet man unter

www.fdpstadtdiepholz.de.

Jürgen Timm, FDP Stuhr

Quellenangabe: Kreiszeitung Syke/Weyhe/Stuhr vom 28.05.2021, Seite 10

Johnnes Südkamp ist neuer Vorsitzender des Ortsverbandes Stuhr

Johannes Südkamp (Foto rechts) ist Nachfolger von Jan-Alfred Meyer-Diekema, der seine Erfahrungen und Kenntnisse auch künftig als Beisitzer in die Arbeit des Vorstandes einbringt. Heiko Fischer und Alexander Carapinha Hesse wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden und Helmut Schunk sowie Rainer Mewe als Beisitzer gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch Jürgen Timm als Schatzmeister.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden zunächst auf einer digitalen Mitgliederversammlung den Mitgliedern des Ortsverbandes die Wahlvorschläge präsentiert. Nach dem Wahlgesetz war es anschließend erforderlich, dass die endgültige Wahl



schriftlich und geheim stattfinden muss. Dazu erhielten alle Mitglieder Briefwahlunterlagen zugestellt. Die Auszählung bestätigte den Vorstand, der sich nun mit vollem Elan an die anstehende Kommunalwahl ranmacht.

Der Ortsverband Syke-Bruchhausen-Vilsen stellte die Listen auf

In einer Mitgliederversammlung wurden termingerecht die Listen zur bevorstehenden Kommunalwahl aufgestellt. Erstmals haben wir in Syke für die Kreistagswahl keinen eigenen Wahlkreis mehr. Wir sind nun zusammen mit Bruchhausen-Vilsen ein Wahlkreis. Positiv für uns, weil unser Wahlkreis nun Syke und Bruchhausen-Vilsen umfasst. Bei der Aufstellung der Liste für die Kreistagswahl gab es keine Probleme, die Mitglieder haben in geheimer Wahl einstimmig die Liste abgestimmt.

Kandidaten zur Kreistagswahl im Wahlbezirk 2

Sieben Personen kandidieren auf der Liste für den Kreistagswahl:

1. Reinhard Hansemann
2. Alexander Grafe
3. Brigitte Sundt
4. Dieter Bischoff
5. Ralf Seedorf
6. Stefan Hammann
7. Erich Rieckers

Reinhard Hansemann
1. Vorsitzender

Stuhrer FDP legt Blühstreifen an. Denn Bienen sind gelb!

Blühstreifen dienen der Förderung der Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere den Vögeln und Insekten. Daher hat nun der Landwirt und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Stuhr, Heiko Fischer (Foto unten rechts), einen solchen Blühstreifen an einem Feldrand in Stuhrbaum gesät.

Die Fläche, die in Zusammenarbeit mit dem Ortsverband der FDP Stuhr eingerichtet wurde, umfasst 1500 m². Die genutzte Saat ist zusammengesetzt aus Blüh- und Wildacker Sämereien. Bei guten Wetterbedingungen erhofft sich Heiko Fischer einen bunten Streifen, wo sich viele Insekten wohlfühlen sollen.

Auch seitens der Gemeinde Stuhr werden immer mehr Blühstreifen angelegt. Man kann vielerorts auch Blühpatenschaften erwerben, wodurch Landwirte dann Blühfelder auf Ackerflächen erstellen. Aber auch ohne Blühpatenschaften erstellen Landwirte immer mehr Blühstreifen auf ihren Äckern.

Schon seit 2018 baut Heiko Fischer Blühflächen in Kladdingen an. „2018 war durch die lange Trockenheit ein schwieriges Jahr. Unter optimalen Bedingungen sollen die Blühstreifen sich selbst nach der Aussaat überlassen

werden. Das kann schon mal ernüchternd sein, wenn der Regen ausbleibt“, weiß Heiko Fischer zu berichten.

Auch die Rahmenbedingungen sind sehr starr vorgegeben, je nachdem für welches Verfahren sich der jeweilige Landwirt entscheidet. Für Heiko Fischer ist klar, dass Umwelt und Landwirtschaft eng miteinander verknüpft sind. Er wünscht sich grundsätzlich eine bessere Wertschätzung beider Felder.



Bundesparteitag@home



Keine Warteschlangen an der Kaffeekasse, kurze Wege zu den Sanitäranlagen. Für die meisten Delegierten fand der Bundesparteitag zu Hause am heimischen Rechner statt. Denn aufgrund der Corona-Pandemie fand der Parteitag digital statt.

Das Motto des Parteitages "Nie gab es mehr zu tun" konnte dabei nicht treffen-

der sein. So diskutierten die Mitglieder nach drei Tagen noch bis zum späten Sonntagabend. Aber so anstrengend es gewesen sein mag, sich ein ganzes Wochenende, rund 30 Stunden netto, auch mal kontrovers über jede einzelne Formulierung des Wahlprogramms zu ringen. Denn das tun wir für die Zukunft unseres Landes!"



Lesen Sie auch online:

www.facebook.com/marcogenthe

www.instagram.com/marcogenthe

Landwirtschaft ist nicht schwarz und weiß

Feld-und-Flurgespräch mit Gero Hocker (MdB) auf dem Hof Schierholz



Für das Foto durften die Masken abgelegt werden (v.l.n.r.): Alexander Schierholz-Prilop, Friederike Schierholz, Gero Hocker, (MdB), Andreas Hinderks, Christina Radons und Domingo Peiniger.

Zu einem Feld-und-Flurgespräch hatte der Barnstorfer FDP-Ortsverband und der Hof Schierholz eingeladen. Gäste bei der Außenveranstaltung waren unter anderem der agrarpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Gero Hocker, der Direktkandidat der FDP für den Bundestag, Andreas Hinderks, sowie die Kandidatin für das Amt der Samtgemeindebürgermeisterin, Christina Radons.

Der Vorsitzende der Barnstorfer FDP, Domingo Peiniger, eröffnete die Veranstaltung, indem er auf die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land hinwies und Kritik am Schwarz-Weiß-Denken in Bezug auf die Landwirtschaft äußerte. „Es scheint, als gäbe es nur die guten Biobauern und die bösen Konventionellen“, beklagte er.

Am Beispiel des Betriebes, den ihr Mann und sie bewirtschaften, stellte Friederike Schierholz Überlegungen für eine regenerative Landwirtschaft vor. Ziel sei es, den Boden zu erhalten und zu verbessern. „Der Boden ist für uns Landwirte die Existenzgrundlage. Wir haben nur maximal 30 cm Oberboden. Den müssen wir schützen“. Konkret verzichtet der Betrieb zunehmend auf Bodenbearbeitung. „Den Pflug haben wir verkauft und auch vom Grubber wollen wir uns verabschieden“. Das System der Direktsaat finde in vielen Ländern der Welt zunehmend Anwendung. Dabei werde lediglich ein Saatschlitz in den Boden gemacht, das Saatkorn abgelegt und wieder verschlossen. Natürliche Bodenstruktur und die Mulchschicht aus Ernteresten bleiben erhalten. Über die Vorteile des Systems konnten sich die Gäste, zu denen auch weitere Landwirte und einige interessierte Bürgerinnen und Bürger gehörten, auf dem Acker der Familie Schierholz informieren.

Bodenbedeckung als Schutz vor Erosion und Verdunstung seien besonders bei Trockenheit wichtig, betonte Friederike Schierholz. Aber auch die ganzjährige Begrünung z.B. durch vielfältige Zwischenfruchtmischungen begünstige den Bodenaufbau.

Alexander Schierholz-Prilop wies in dem Zusammenhang auch darauf hin, dass eine natürliche Regulation von Schädlingen durch Nützlinge erfolgen kann, wenn man den Nützlingen nur ausreichend Lebensraum und Nahrung biete. In einer Zwischenfrucht aus 19 verschiedenen Pflanzenarten sollte da für jeden etwas dabei sein.



Dieser Mais wurde ohne vorheriges Pflügen oder Grubbern gesät. Die Mulchschicht aus Pflanzenresten soll vor Verdunstung und Erosion schützen.

Auch Tiere gehören in ein landwirtschaftliches Ökosystem, sind die beiden Landwirte überzeugt. Für die Hühner des Betriebs entsteht gerade ein sogenanntes Agroforstsystem: Es wurden in den vergangenen 15 Monaten insgesamt annähernd 4000 Pappelruten in den Hühnerauslauf gepflanzt. Die schnell wachsenden Bäume sollen Schutz und Schatten spenden, die Hühner aus dem Stall herauslocken und die anfallenden Nährstoffe aufnehmen. Verkauft werden soll das Holz später nicht, sondern als Hackschnitzel im Auslauf verbleiben.

Humusaufbau ist ein großes Thema auf dem Betrieb: „Landwirte können mithilfe der Pflanzen CO₂ aus der Atmosphäre einfangen und als Humus über Jahrhunderte im Boden speichern“, so Schierholz. Bio-zertifiziert ist der Betrieb indes nicht. „Wir denken, wir können mit weniger Pflanzenschutzmitteln auskommen, aber nicht ganz ohne. Denn irgendwann muss z.B. die Zwischenfrucht der Hauptkultur weichen. Und ja, dazu setzen wir auch ein Totalherbizid ein“. Alexander Schierholz-Prilop ergänzt: „1,5 Liter verteilt auf 1 Hektar, also 10.000 Quadratmeter. Ich denke, die geringe Aufwandmenge steht in einem guten Verhältnis zum ökologischen Nutzen des Direktsaatsystems.“ FDP-Sprecher Gero Hocker berichtete aus seiner Erfahrung im Bundestag: „Wir sehen, dass viele politische Entscheidungen im landwirtschaftlichen Bereich nicht auf wissenschaftlicher Basis, sondern aus dem Bauchgefühl heraus getroffen werden. Das Verbot des Totalherbizids Glyphosat z.B. wird von den Regierungsparteien damit begründet, dass es in der Bevölkerung eine Stimmung dagegen gäbe. Das darf aber nicht die alleinige Basis für politische Entscheidungen sein.“

Mehr ungewöhnliche Ideen zum Thema Landwirtschaft wurden im Anschluss diskutiert. Der Landwirt Florian Röttger praktiziert selbst Direktsaat mit Zwischenfruchtmischungen, die bis zu 39 Komponenten enthalten. Er ist davon überzeugt, dass Vielfalt der Schlüssel zum Erfolg ist. Aktuell baut er beispielsweise Mais mit Ackerbohnen gemeinsam auf einem Feld an und experimentiert mit weiteren Mischkulturen.

Große Herausforderung des Systems sind allerdings die hohen Pachtpreise der Region, bei denen viele Kulturen unwirtschaftlich sind. Landwirt Harm Abeling brachte auch zur Sprache, dass eine Kultur wie die Kartoffel nicht in Direktsaat angebaut werden kann.

Leon Küpker, Landwirtschaftsstudent und aktuell Praktikant auf dem Hof Schierholz, merkte in der Abschlussdiskussion an, dass Inhalte zu neuen Anbaumethoden wie der Direktsaat bislang noch unzureichend in Ausbildung und Studium thematisiert würden.

Dass es gut sei, für Innovationen in der Landwirtschaft offen zu sein, darauf wies auch Gero Hocker hin. Die Herausforderungen durch klimatische und politische Veränderungen seien groß und „kein Landwirt will Bittsteller sein und sich um staatlichen Unterstützungen abhängig sein“, so Hocker.

Dass Landwirtschaft nicht in nur zwei Schubladen passe, darin waren sich die Beteiligten am Ende einig, die trotz Regen tapfer durchgehalten und sich dem Hygienekonzept entsprechend mit Maske und Abstand an der frischen Luft aufgehalten hatten. *FDP Ortsverband Barnstorf*

FDP Diepholz wählt neuen Vorstand und stellt Kandidatenliste zur Kommunalwahl auf

Unter Einhaltung der Coronaverordnungen trafen sich die Mitglieder des FDP-Ortsverbandes Diepholz zum Ortsparteitag und anschließender Wahlversammlung in der Schützenhalle Lüdersbusch. In seinem Rechenschaftsbericht stimmte der Vorsitzende Lars Mester die Diepholzer Liberalen auf das Superwahljahr ein und hob das Wahlprogramm für die Kommunalwahl hervor.

Es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden und es habe viele positive Rückmeldungen gegeben, so Mester. Außerdem bedankte sich Mester ausdrücklich bei den Verantwortlichen des Diepholzer Schützenkorps, die unbürokratisch und kurzfristig ihre Örtlichkeiten für die Versammlung zur Verfügung stellten.

Der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Reckmann ging in seinem Bericht auf die Zusammenarbeit mit der CDU ein, die sich vertrauensvoll und verlässlich gestaltet. Ebenso sei der Austausch mit dem Bürgermeister angenehm und kooperativ. Außerdem habe sich die Stadtratsfraktion aufgrund der gelungenen Staffelübergabe von Hans-Werner Schwarz an Mathis Langhorst neu aufgestellt. Pandemiebedingt fanden Fachausschüsse nur sporadisch statt und die Ratssitzungen mussten zur Einhaltung der Abstandsregelungen in der Sporthalle oder Ostertags-Residenz abgehalten werden. An dieser Stelle sprach Wilhelm Reckmann der Verwaltung den Dank der Fraktion für die gute Organisation dieser Veranstaltungen aus.

Der Haushalt für das Jahr 2021 wurde pandemiebedingt erst im März verabschiedet und weist insbesondere durch Gewerbesteuerausfälle ein Defizit von über 5 Mio. Euro aus, das mit vorhandenen liquiden Mitteln ausgeglichen werden könne. Dennoch seien

Kreditaufnahmen längerfristig nicht zu vermeiden.

Vorstandswahlen

Nachdem der Vorstand auf Antrag der Rechnungsprüferinnen Helga Bode und Helga Schwarz entlastet wurde, standen die Vorstandswahlen an. Es wurden einstimmig gewählt:

Lars Mester zum 1. Vorsitzenden, Heinrich Buck und Mathis Langhorst zu stellvertretenden Vorsitzenden, Wilhelm Reckmann zum Schatzmeister, Eckhard Hage zum Schriftführer, Sylvia Scheland zur Pressesprecherin sowie Janek Felsch, Renate Lisecki, Marikka von Berlepsch, Hendrik Wiechering und Marc Krempig zu Beisitzern. Außerdem gehören dem Vorstand zwei kooptierte Mitglieder an: Helga Bode für die Liberalen Frauen und Hans-Werner Schwarz als Kreistagsabgeordneter.

Ehrungen verdienter Mitglieder

Ein Höhepunkt auf Ortsparteitagen waren die Ehrungen für verdiente Mitglieder. So wurde Karl-Heinz Hoffmann für 50 Jahre Mitgliedschaft und Ludwig Meyer für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Lars Mester bedankte sich außerdem bei Burckhard Bode für über 25 Jahre Vorstandsarbeit und überreichte ein Präsent, nachdem dieser aus Altersgründen nicht mehr für ein Amt im Vorstand kandidierte. Unter anderem war Burckhard Bode von 2005 bis 2009 Vorsitzender der Diepholzer Liberalen.

Wahlversammlung zur Stadtratswahl

In der anschließenden Wahlversammlung wurde die Kandidatenliste zur Stadtratswahl aufgestellt. Jeweils einstimmig wurden gewählt:

Lars Mester auf Listenplatz 1, Wilhelm Reckmann auf Listenplatz 2, Heinrich Buck auf Listenplatz 3, Mathis Lang-

horst auf Listenplatz 4, Marc Krempig auf Listenplatz 5, Sylvia Scheland auf Listenplatz 6, Eckart Hage auf Listenplatz 7, Renate Lisecki auf Listenplatz

8, Janek Felsch auf Listenplatz 9 sowie Martin Kalkwarf auf Listenplatz 10.

Sylvia Scheland

Dankesworte für Burckhard Bode

Ein verdienter Liberaler tritt „an die Basis“ zurück



Ehrungen für verdiente Mitglieder im Ortsverband Diepholz (v.r.n.l.): Burckhard Bode für verdienstvolle Jahre im Kreis- und Ortsverband, 1. Vorsitzender Lars Mester, Ludwig Meyer und Karl-Heinz Hoffmann. Fotos (2): Ortsverband Diepholz

Einer der engagiertesten Liberalen im FDP-Kreisverband Diepholz hat jetzt seine letzte Funktionärstätigkeit (als Vorstandsmitglied im Ortsverband Diepholz) aufgegeben und sich „an die Basis“ zurück gezogen.

Oberst a.D. Burckhardt Bode war viele Jahre Kommandeur auf dem Fliegerhorst Diepholz. Nach seiner Pensionierung kam er auf den heutigen Ehrenvorsitzenden Hans-Werner Schwarz zu und erklärte seine Bereitschaft bei der FDP im Landkreis Diepholz mitzuwirken. Das tat Burckhardt Bode in herausragender Weise. Er bekleidete nicht nur auf Ortsebene Vorstandsämter, sondern arbeitete auch ehrenhalber als Kreisgeschäftsführer.

Über die Ratstätigkeit in der FDP-Stadtratsfraktion gab er wichtige Impulse und als Vorsitzender der Heimatvereins entwickelte er maßgeblich die Kulturgeschichte der Kreisstadt mit.

Burckhardt Bode war sich nie zu schade, Plakate zu kleben, Wahlen vorzubereiten und Infostände zu organisieren. In den Vordergrund stellte sich Burckhardt Bode nie. Das alles war Anlass für Ortsverbandsvorsitzenden Lars Mester beim letzten Ortsparteitag das verdiente Parteimitglied entsprechend zu würdigen. Über die schriftliche Grußbotschaft des Bundesvorsitzenden Christian Lindner hat sich Burckhard Bode besonders gefreut.

Hans-Werner Schwarz



Investition in Kita-Erweiterung fragwürdig

Die Wagenfelder FDP-Ratsfraktion sieht die Zukunftsplanungen in der Gemeinde skeptisch

Während einer erneuten Sitzung von FDP-Vorstand und -Fraktion wurde noch einmal die letzte Ratssitzung thematisiert. Dabei wurde unterstrichen, dass man sich außerordentlich freuen würde, wenn das Gespenst des Arbeitsplatzabbaus und der damit verbundenen wirtschaftlichen Unwägbarkeiten in der näheren Umgebung sich nicht bewahrheitete. Deshalb hätte man sich gewünscht, dass vor diesem Hintergrund die Mitglieder des Rates dem Antrag der FDP zugestimmt hätten, den Beschluss zur Erweiterung des Kindergartens in Wagenfeld-Neustadt zu vertragen. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo man erkenne, welche Folgen aus den steigenden Baukosten und der abflauenden Pandemie für das neue Baugebiet in Neustadt entstehe. In diesem Zusammenhang wurde darauf

hingewiesen, dass die FDP sehr wohl für die Schaffung weiteren Wohnbaulandes war, nachdem alle bisherigen Bauplätze vergriffen waren. Aber auch hier war man seitens der FDP-Fraktion der Meinung, dass diese sehr große Ausgabe mit allen Risiken besser privatwirtschaftlich als durch die Gemeinde geregelt worden wäre. Interessenten habe es dafür gegeben. Zusätzlich die Eile der Kindergartenerweiterung mit einem Zuschuss zu begründen, der keinesfalls sicher ist und sich gleichzeitig wegen einer Rückzahlung einer Zuwendung für die Kita „Pustebäume“ auf 100.000 EUR minimiert, ist mehr als fraglich. Keinesfalls wolle man doch wieder in eine Situation wie Mitte der 90er Jahre geraten. Nachhaltigkeit sei hier angesagt.

Bauen wird teurer!

Darüber sind sich Experten einig. Deshalb meint die FDP in Wagenfeld, dass sich Einiges ändern muss: Jungen Leuten ist es nach dem Motto „Jung kauft Alt“ zu ermöglichen, wieder gefördert Altbauten zu erwerben.

Mit den wenigen einer Gemeinde zur Verfügung stehenden Mitteln muss die bisherige Förderung unbedingt reaktiviert werden. Es war ein Fehler, das Programm auszusetzen.

Für Wagenfeld, und noch viel mehr für Ströhen, wo dafür gesorgt werden muss, dass der Ort attraktiv bleibt, damit die Standorte für Schule und Kindergarten erhalten bleiben, ist das ein wichtiger Anreiz.

Zusammen mit Bundes- und Landes-FDP setzt man sich gleichzeitig dafür ein, die in den vergangenen Jahren seit 2008 insgesamt 28mal erhöhte Grunderwerbssteuer im Bereich bis zu einer Summe von mindestens 500.000 Euro steuerfrei zu lassen. Auch die geplante Grundsteuerreform sollte nicht zu höheren Kosten bei den Eigentümern führen, sondern aufkommensneutral in der Gemeinde geregelt werden.

Schließlich setzt sich die FDP-Ratsfraktion für die Abschaffung der viele Existenzen gefährdenden Beiträge zur Straßenausbauschuld ein. Die Kosten sollten - wie in anderen Bundesländern - vom Land Niedersachsen übernommen werden.

Lesen Sie auch Online unter: www.fdp-diepholz.de



Die drei aktuellen FDP-Ratsherren Hans-Walter Scheland, Wilhelm Brüggemann und Torsten Paulussen (v.r.n.l.) stehen auch weiterhin für eine liberale Arbeit zum Wohle der Gemeinde und des Landkreises bereit.

Foto: Reinhard Kawemeyer

Aktivierung des Ortskerns von Wagenfeld

Der erste Schritt ist getan: Mit den Stimmen der FDP-Ratsfraktion soll in den nächsten Jahren Wagenfelds Ortskern attraktiver gestaltet werden. Damit ist es aber nach deren Meinung nicht getan. Nicht nur durch Corona, sondern schon vorher hat es viele Veränderungen gegeben.

Deshalb müsse überlegt werden, wie man im innerörtlichen Bereich wieder Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäfte und weitere Gastronomie ansiedeln könne. Mit einer klugen Wirtschaftsförderung, die eigene Programme mit denen von Bund und Land verbindet, könnte ein guter Mix aus kleinen und etwas größeren Firmen entstehen, teilte die FDP in einer Pressemitteilung mit.

Mit der Beauftragung eines Einzelhandelskonzeptes habe der Rat der Gemeinde Wagenfeld einen ersten Schritt getan. Mit der Einbeziehung von Dienstleistern sollte dieses aber noch ergänzt werden.

Moorschutz

Wir, die FDP-Gemeinderatsfraktion, sind uns bewusst, dass es auch künftig nötig ist, unsere Moore zu schützen.

Sehen allerdings nicht, dass die dafür erforderliche Wissenschaft und Forschung zum Pflichtprogramm einer Gemeinde gehören. Hier sind eindeutig Bund, Land und Europa gefordert. Es kann nicht sein, dass sich die Gemeinde Wagenfeld evtl. dafür verschuldet.

Schließlich hat sie in der Vergangenheit schon viel zu viel Steuergelder für die Schaffung des Europäischen Moorzertrums ausgegeben.

Erfolg braucht starke Partner.

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de

digitales
gesellschaft für print- und infomedien mbh



Folgt dem Ortsverband Stuhr auf Instagram unter [fdp_stuhr](https://www.instagram.com/fdp_stuhr) oder https://www.instagram.com/fdp_stuhr

FDP-Fraktionssitzung in Weyhe mit interessierten Gästen



Im Ratssaal der Gemeinde war nicht nur die Technik vorhanden, sondern es konnte auch der Abstand eingehalten werden.

Über gleich vier neue Mitglieder konnte sich der Vorsitzende der FDP Weyhe, Andreas Hinderks, während einer Sitzung der Ratsfraktion mit interessierten Gästen freuen. Die Sitzung fand im Ratssaal des Rathauses und hybrid statt, da ein Gast online zugeschaltet werden musste.

Fraktionsvorsitzende Antje Sengstake berichtete von der Ratsarbeit und Landtagsabgeordneter Marco Genthe über die aktuelle Situation im niedersächsischen Landtag.

Die Gäste schalteten sich auch gleich in die Diskussion über die Situation der Schulen in Weyhe, Bebauungspläne und die Verschuldung ein. Insbesondere die Jüngeren bemängelten die finanzielle Situation, die künftigen Generationen wenig Spielräume lassen würde. Mit allgemeinem Unverständnis wurde Genthes Bericht über das Vorhaben der Landesregierung aufgenommen, das Auszufahren für die Besetzung der Fachausschüsse rechtzeitig vor der Kommunal-



Unterscrieb noch auf der Versammlung eine Beitrittserklärung zur FDP: Joyce Budelmann.

wahl zu Lasten der kleineren Parteien zu ändern.

Nach über zwei Stunden beendete Andreas Hinderks die Sitzung. Er warb nochmal eindringlich dafür, sich bei der Kommunalwahl zu engagieren. Das traf ganz offenbar auf Interesse, da sofort ein E-Mail-Verteiler und eine Messenger-Gruppe mit allen Gästen eingerichtet wurde, damit man zukünftig auch im Kontakt bleiben kann.

Andreas Hinderks zu Besuch beim Landvolk Mittelweser



Im Zuge der Bundestagskandidatur von Andreas Hinderks wurde er vom Landvolk Mittelweser e.V. in Syke zum Gespräch eingeladen. Er konnte mit Christoph Klomburg (Vorsitzender) und Olaf Miermeister (Geschäftsführer) seine Position sowie auch die der FDP vertreten. Die durchgesprochenen Themen waren sehr vielfältig: Der Einsatz von Glyphosat, aktuelle Schweinefleischpreise, Tierwohl, regenerative Landwirtschaft, Aktionsprogramm Insektenschutzgesetz und vieles mehr. Hinderks möchte hier gar nicht jeden einzelnen Punkt darstellen, sondern nur die wesentlichen Erkenntnisse präsentieren, wie er mitteilte.

Die Landwirte hätten in den letzten zwei Jahrzehnten nicht viel für ihre „Außen-darstellung“ getan. Dieser Kritik stimmten beide Gesprächspartner zu. Es wurde viel zu oft zu wenig Gegenwehr zu doch kritischen Themen von Seiten der Landwirte, als auch die des Landvolk Mittelweser ausgeübt. Das führe unweigerlich zu Frust, die sich jetzt in Protest-

aktionen wie die in Berlin und oder die Blockaden vor dem Aldi-Lager. Die jetzige Generation ist vernetzt und organisiert sich sehr stark online.

Die FDP gewinnt bei den Landwirten immer mehr an Zustimmung, zu Lasten der CDU. Deutlich kritisierte Christoph Klomburg die Haltung der CDU hinsichtlich des „Aktionsprogramm Insektenschutzgesetz“, der den Niedersächsischen Weg vollständig „zerschießt“. Gerade die klare Haltung der FDP Niedersachsen zum Niedersächsischen Weg werde positiv bewertet. Auch die Aussagen von Gero Höcker im Bundestag, auf verschiedenen Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken werde positiv wahrgenommen. Insofern wünsche sich das Landvolk Mittelweser, dass man die aktuelle Agrarpolitik der FDP weiterführen und stark in Berlin vertreten solle.

Rundum war es ein guter und informativer Termin, der auf Augenhöhe stattgefunden hat, unterstreicht Andreas Hinderks.

digitales
gesellschaft für print- und medienarbeit

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de
www.digitales.de

ZEIT FÜR FRISCHE IDEEN ...

IDEE DESIGN DRUCK

Das Recht auf Inklusion ist keine Pflicht!

Ein Antrag der FDP-Kreistagsfraktion

Der FDP-Kreistagsabgeordnete Hans-Werner hatte einen Antrag für die Fraktion erarbeitet, den er den weiterführenden Gremien zur Beschlussfassung vorlegte.

„Der Schulausschuss des Landkreises Diepholz bekennt sich zum differenzierten Schulsystem in Niedersachsen. Eine bestmögliche Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin erfordert ein breit angelegtes Bildungsangebot mit ausreichenden Wahlmöglichkeiten. Die Mitglieder des Kreisschulausschusses treten für ein vielfältiges und ausdifferenziertes Bildungswesen aus unterschiedlichen Schularten im Landkreis Diepholz ein. Sie stellen fest: Das Recht auf Inklusion ist keine Pflicht zur Inklusion!

Daraus folgt die klare Forderung für den Erhalt des Wahlrechts auf die Förderschule Lernen.

Der Kreisschulausschuss versteht den Antrag des Kreiselternrats auf „Erhalt der Förderschule Lernen“ als Hilferuf und unterstützt nachdrücklich das Anliegen zur Beibehaltung des Wahlrechts für Eltern und Schüler.

Dieser Beschluss ist eine Empfehlung an den Kreistag des Landkreises Diepholz.

*Hans-Werner Schwarz
FDP-Kreistagsfraktion und
Mitglied des Kreisschulausschusses*

Irritierende Begründung des Kreisausschusses

Der Kreiselternrat bittet den Landkreis um den Erhalt der „Förderschule Lernen“. Zuständig für den Erhalt dieser Schulform ist aber nicht der Landkreis, sondern das Land Niedersachsen. Um dem berechtigten Anliegen des Kreiselternrats Unterstützung zu geben hat die FDP-Fraktion einen Antrag formuliert. Ziel des Antrages ist, aus dem Landkreis das Signal in Richtung Landesregierung zu geben, dass sich der Landkreis für den Erhalt der Förderschule Lernen einsetzt.

Diesem Antrag - obwohl kurzfristig eingereicht - sind die Mitglieder des Kreisschulausschusses am 2. Juni sehr pragmatisch mit 10 Stimmen bei drei Enthaltungen gefolgt.

Irritierend ist, dass zwei Tage später der Kreisausschuss diesen Punkt mit der Begründung vertagt hat, es bestehe noch Beratungsbedarf in den Fraktionen. Was muss noch beraten werden? Wird

infrage gestellt, ob das Anliegen des Kreiselternrats überhaupt berechtigt ist? Traut man den eigenen Abgeordneten im Kreisschulausschuss keine sachgerechte Bewertung zu? Oder kann es auch die Frage sein, ob man einem Antrag, den die FDP-Fraktion gestellt hat, grundsätzlich folgen sollte?

Vielleicht ist es aber auch die feste Absicht der Mehrheitsfraktionen, den Antrag schärfer zu fassen. Man könnte ja z.B. den Landrat per Beschluss auffordern, dass er sich mit Nachdruck an die Landesregierung wenden möge, die Förderschule „Lernen“ im Landkreis nicht nur zu erhalten, sondern weitere zu schaffen.

Egal, ich hoffe, dass Vernunft und nicht Parteipolitik bei diesem insbesondere für Kinder und Eltern wichtigen Thema die entscheidende Rolle spielen.

*Hans-Werner Schwarz
Mitglied der FDP-Kreistagsfraktion*



Aus dem Landtag

von Dr. Marco Genthe

Funktionierenden Rechtsstaat sicherstellen

Einsatz künstlicher Intelligenz in der Justiz nicht verschlafen

Der rechtspolitische Sprecher der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, Marco Genthe, sieht in der Digitalisierung und der Entwicklung künstlicher Intelligenz Risiken, aber vor allem auch Chancen für den Rechtsstaat und die Justiz. „Das größte Risiko liegt darin, dass die Justiz unvorbereitet von dieser Entwicklung überrollt wird. Bereits jetzt verwenden Großkanzleien automatisch generierte Schriftsätze und überfluten damit Gegenparteien und Gerichte. Dabei wird künstliche Intelligenz eingesetzt, um jeden Schriftsatz leicht abzuändern. In der Folge müssen diese Massen an Unterlagen händisch gesichtet und bewertet werden. Das kann in der Praxis leicht zu einer Lähmung des Gerichts und einer Gegenpartei führen. So kann kaum noch von einem fairen Verfahren und gleichen Chancen vor Gericht gesprochen werden“, warnt Genthe.

Ein überfordertes Gericht würde die Akzeptanz der Rechtsuchenden und die des Rechtsstaates insgesamt massiv beschädigen. Andererseits könne



die Technik auch die Arbeit der Richterinnen und Richter deutlich erleichtern, indem beispielsweise Datensätze automatisiert analysiert, gefiltert und für die Entscheidungsfindung aufbereitet werden. „Es geht hier nicht darum, Richter durch Technik zu ersetzen. Es geht dar-

um, Juristen bei der Bearbeitung komplexer Sachverhalte zu unterstützen und einer möglichen Überforderung der Justiz entgegenzuwirken“, erklärt Genthe. Mit einem heute in den Landtag eingebrachten Entschließungsantrag wolle die FDP dafür die Grundlagen legen.

Der Antrag sieht vor, bereits in der juristischen Ausbildung eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Thema zu forcieren. Die Digitalisierung der Gerichte müsse als Grundlage vorangetrieben werden. Sinnvoll sei es auch, ein Pilotprojekt zu entwickeln, um zu untersuchen, in welchen Bereichen künstliche Intelligenz die Arbeit der Gerichte erleichtern könne, aber auch, in welchen Bereichen der Einsatz nicht praktikabel, oder vielleicht unethisch sei. „Es wäre ein grober Fehler der Landesregierung, die Herausforderungen, die der digitale Wandel mit sich bringt, im Bereich der Justiz zu ignorieren. Die ohnehin schon unter hoher Belastung stehende Justiz in Niedersachsen würde einen verschärften Einsatz künstlicher Intelligenz durch Prozessparteien in großen Verfahren - man denke an den VW Komplex - nicht schultern können. Es geht um nicht weniger, als die Sicherstellung eines funktionierenden Rechtsstaates“, appelliert Genthe.

Hintergrund: Der Niedersächsische Landtag debattierte heute in einer ersten Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion "Update für die Justiz - Herausforderungen des digitalen Wandels auf Augenhöhe begegnen".



100% Einsatz verdienen 100% Einsatz!



Am Rande des Plenums hat die GdP für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung für die Polizei geworben. Einen umfangreichen Forderungskatalog überreichten die Polizeivertreter auch dem FDP Fraktionsvorsitzenden Stefan Birkner und dem Fachsprecher der Fraktion Marco Genthe. „Die Polizei ist ein wichtiger Baustein unseres Rechtsstaats, denn sie sorgt tagtäglich für unsere Sicherheit. Es steht für uns außer Frage, dass wir Freie Demokraten fest hinter unseren Polizistinnen und Polizisten stehen. Wir kämpfen da-

für, dass unsere Polizei mit der besten Ausstattung arbeiten kann und sie die Wertschätzung bekommt, die sie für ihre schwierige und wichtige Arbeit verdient.“, so Genthe. Birkner versicherte, dass auch bei den anstehenden Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2022/2023 die Polizei, wie in der Vergangenheit auch, von der Fraktion besonders aufmerksam beachtet werden wird. Insoweit sollen auch noch weitere Gespräche zwischen der GdP und der Landtagsfraktion stattfinden.

Sportvereine unterstützen, wo es nur geht

Steuerlichen Abzug von Vereinsmitgliedsbeiträgen als Sonderausgaben ermöglichen

Der innen- und sportpolitische Sprecher der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, Marco Genthe, setzt sich weiter für die Unterstützung von Sportvereinen in der Pandemie ein. „Schon im Februar haben wir einen umfangreichen Antrag eingebracht, der zahlreiche Maßnahmen für den Sport in der Pandemie vorsieht. Der zentrale Punkt dabei ist es, schnellstmöglich zu weiteren Öffnungen zu kommen. Neue Studien zu der Infektionsgefahr im Freien zeigen, dass Sport an der frischen Luft bereits jetzt verantwortungsvoll möglich wäre. Es wird Zeit, dass hier schnell konkrete Konzepte erarbeitet werden“, so Genthe. Der Rückgang der Mitgliederzahlen bei den Vereinen durch die Pandemie sei dra-



matisch. Sie bräuchten deshalb jede erdenkliche Unterstützung. Als weiteren kleinen Baustein fordert

Petition gegen Straßenausbaubeiträge kommt mit Unterstützung der FDP-Fraktion in den Landtag



„Der Ausbau und die Instandhaltung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist eine öffentliche Aufgabe, die nicht den individuellen Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden darf, nur weil sie das Pech haben, zur falschen Zeit am falschen Ort zu wohnen“, sagt der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Birkner. Gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Sprecher der Liberalen im Landtag, Marco Genthe, nahm Birkner am Donnerstag eine Petition des FDP-Regionalpolitikers André Grote für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entgegen. Grote übergab zudem die Unterschriften von 7.500 Niedersächsischen und Niedersachsen, die diese Forderung ebenfalls unterstützen. Mit

der Petition und der öffentlichkeitswirksamen Übergabe vor dem Landtag soll das Thema erneut auf die Tagesordnung des Landesparlaments gebracht werden.

Birkner fordert, dass der Landtag den Kommunen die rechtliche Grundlage zur Erhebung der Beiträge entzieht und ihnen zum Ausgleich 50 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellt, damit diese die öffentliche Infrastruktur finanzieren können. „Wir haben immer die landesweite Abschaffung der Beiträge gefordert und wir bleiben weiterhin auf Kurs. Nach wie vor sind wir die einzige Fraktion im Landtag, die einen konkreten Weg aufzeigt, wie wir dieses Ziel verwirklichen wollen“, sagt Marco Genthe.

der FDP-Politiker die Landesregierung nun auf, sich auf Bundesebene zeitnah dafür einzusetzen, den steuerlichen Abzug von Vereinsmitgliedsbeiträgen als Sonderausgaben bei der Einkommensteuer für 2020 und 2021 zu ermöglichen. Darüber hinaus solle geprüft werden, inwieweit die Prüfung gemeinnütziger Vereine hinsichtlich zu hoher Rücklagen für die Pandemie-Jahre ausgesetzt werden kann. Genthe betont: „Die Vereine in unserem Land sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Sie leisten mit ihren vielfältigen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag zu einem guten Miteinander. Können diese nicht mehr wahrgenommen werden, bricht ein wesentlicher Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders weg.“ Die Vereinsaustritte und vor allem auch die fehlenden Neueintritte wegen der Corona-Pandemie

würden dieses Vereinsgefüge in Niedersachsen gefährden und deren Finanzierungsmodell destabilisierenden. Ein steuerlicher Anreiz für die Mitglieder könnte hier ein wenig entgegenwirken.

Hintergrund: Der Niedersächsische Landtag debattierte heute über den Antrag der FDP-Fraktion „Vereine und Mitglieder in der Pandemie unterstützen“.





Gefahr von Vegetations- und Flächenbränden

in Niedersachsen ernst nehmen und ihr durch Ausbildung und Ausstattung begegnen

Der innenpolitische Sprecher der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, Marco Genthe, sieht Niedersachsen nicht ausreichend für die Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden gewappnet. Angesichts der zunehmenden Gefahr solcher Brände durch regelmäßige, ausgedehnte Trockenperioden und der Tatsache, dass Niedersachsen mit 1,2 Millionen Hektar über die drittgrößte Waldfläche im Ländervergleich verfügt, will der Innenpolitiker die Ausstattung und Ausbildung in der Brandbekämpfung intensivieren.

„Unsere Feuerwehren müssen so ausgestattet werden, dass sie auch die sich verschärfende Situation beherrschen können. Obwohl das Problem lange bekannt ist und die FDP-Fraktion immer wieder konkrete Vorschläge macht, ist hier noch nicht genug passiert. Bundesländer wie Niedersachsen müssen sich darauf einstellen, die Brandbekämpfung, die entsprechende Aus-

bildung und auch die Ausstattung auf größere Vegetationsbrände auszurichten. Eine moderne und effektive Ausrüstung, die die Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung nutzt, entlastet nicht nur die Feuerwehren, sondern sorgt auch für mehr Sicherheit bei Einsätzen. Wir wollen nicht erst auf Schadenslagen warten und dann daraus lernen, sondern vorher Ausrüsten und Ausbilden“, so Genthe.

Die FDP-Fraktion fordert mit einem Entschließungsantrag die dazu notwendigen Schritte. Insbesondere müssten alle beteiligten Akteure die Szenarien intensiv üben. Dazu gehörten neben den Feuerwehren auch die Katastrophenstäbe, das THW, die Bundeswehr und die Polizei. Während der akuten Brandbekämpfung seien außenlastfähige Hubschrauber von entscheidender Bedeutung. Da die Landespolizei nicht über einsatzfähiges Gerät verfüge, müsse auf Hubschrauber der Bundes-

polizei, der Bundeswehr oder der Privatwirtschaft zurückgegriffen werden. Gegebenenfalls müsse das Land daher Löschwasserbehälter vorhalten, die zu den in Anspruch genommenen Hubschraubern passen. Nicht zuletzt sei es notwendig die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz zu einer der modernsten Ausbildungsstätten in Europa zu entwickeln.

„Hohe Gefahren erfordern hohe Ansprüche an deren Begegnung und Bewältigung. Die Feuerwehrleute müssen an Drohnen zur Erkundung und Nachschau von Brandflächen ausgebildet werden. Gleiches gilt für den Betrieb

von Löschrobotern, modernen Waldbrandlöschfahrzeugen und digitalen Kommunikationsmitteln“, erklärt Genthe. All das müsse verzahnt werden mit einer Ausbildung bezüglich der verschiedenen Hubschraubertypen der Bundespolizei und Bundeswehr sowie der unterschiedlichen Löschbehältnisse. Um ein effektives Zusammenarbeiten der unterschiedlichen Akteure zu gewährleisten, schlägt Genthe außerdem vor, eine ausreichende Anzahl ausgebildeter Flughelferteams aufzustellen, die zusammen mit den Flugbesatzungen alle Arbeitsschritte sicher kommunizieren und organisieren können.

Hintergrund: Der Niedersächsische Landtag debattierte in einer ersten Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion „Die Waldbrandbekämpfung in Niedersachsen mit Mitteln des 21. Jahrhunderts verbessern!“.



Lesen Sie auch online:



www.facebook.com/marcogenthe
www.instagram.com/marcogenthe

Ausschnitt aus dem Weser Kurier

Neue Regeln für die Politik vor Ort

Wenige Monate vor der Wahl im September will die Landesregierung das Kommunalverfassungsgesetz ändern

VON PETER MLODOCH

Hannover. Den Schluss der Debatte um das neue Kommunalverfassungsgesetz garnierte FDP-Innenexperte Marco Genthe aus Weyhe noch mit einem bitterbösen Warnhinweis an seinen SPD-Kollegen Bernd Lynack aus Hildesheim. „Bedenken Sie bitte, dass Ihre SPD als derzeit nur drittstärkste Kraft dann vielleicht selbst betroffen ist.“ Der Liberale meinte die künftige Zusammensetzung der Rats- und Kreistagsausschüsse. Er kontierte damit am Mittwoch im Landtag die Vorwürfe des Genossen, die Opposition betreibe mit ihrer heftigen Kritik an der rot-schwarzen Novelle nur „Wahlkampfzauber“.

Gleich in mehreren Bereichen will die Große Koalition das politische Wirken in Gemeinden, Städten und Landkreisen neu regeln – gerade mal fünf Monate vor der nächsten Kommunalwahl. So sollen künftig Bürgerentscheide über Krankenhaus-Standorte und die Organisation der Rettungsdienste nicht mehr Gegenstand von Bürgerentscheiden – wie kürzlich noch im Heidekreis – sein dürfen. „Hier geht es nicht um eine einfaches Ja oder Nein“, begründete Innenminister Boris Pistorius (SPD) diesen Schritt. Die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung sei zu wichtig, um sie einer hochemotional aufgeladenen Entscheidung zu überlassen.

Die Grünen-Abgeordnete Susanne Menge beklagte dagegen einen „Rückschritt für

mehr direkte Demokratie“. Es sei vielmehr das Gebot der Stunde, die Themenbereiche für Bürgerentscheide zu erweitern. Besonders umstritten ist allerdings die geplante Umstellung bei der Zusammensetzung der kommunalen Gremien.

Bisher werden die in der täglichen Arbeit wichtigen Ausschüsse unter den Parteien gemäß ihrer Wahlergebnisse nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren verteilt. Künftig soll es nach der d'Hondt-Methode gehen, bei der die größeren Parteien deutlich besser wegkommen. Die SPD/CDU-Regierung folgt damit den Wünschen der Kommunalen Spitzenverbände, die eine zunehmende Zersplitterung und erschwerte Handlungsfähigkeit beklagte hatten. „Meinungsvielfalt und Pluralität kann es nicht um jeden Preis geben“, stimmte der CDU-Abgeordnete Bernd-Carsten Hiebing diesen Sorgen zu.

„Wir lehnen das ab, obwohl die Grünen inzwischen davon profitieren könnten“, erklärte Parlamentarierin Menge mit Blick auf die guten Umfragewerte ihrer Partei. Die Begünstigung der Großen verzerre den Wählerwillen. FDP-Mann Genthe warf SPD und CDU vor, dass diese sich noch mal schnell vor den Kommunalwahlen am 12. September ihre Pfründe sichern wollten. Das rot-

schwarze Argument, das d'Hondt-Verfahren schaffe eindeutige Mehrheitsverhältnisse, sei „geradezu absurd“, schimpfte der Liberale. „Damit könnten Sie ja auch die Einführung der Monarchie fordern.“

Andere Punkte der Novelle waren dann nicht mehr ganz so heftig umkämpft. So will die GroKo einen „Ratsbürgerentscheid“, den es bereits in allen anderen Bundesländern gibt, einführen. Danach können Kreistage und Stadträte in strittigen Fragen selbst eine Abstimmung durch die Bewohner binnen drei Monaten einleiten.

Dies könne gerade bei brisanten Großprojekten sinnvoll sein, um festgefahrene Situationen aufzulösen, heißt es in der Begründung zum rot-schwarzen Gesetzentwurf. Wissenschaftler warnen allerdings vor einer „Verantwortungsdiffusion“, die nicht unbedingt das Vertrauen in die repräsentative Demokratie stärke. Hohe Hürden sollen immerhin einen Missbrauch verhindern. Um einen solchen Entscheid endgültig auf den Weg zu bringen, ist im Rat oder Kreistag eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

Schließlich soll das neue Gesetz die Freistellungsregeln für ehrenamtliche Mandatsträger an die neuen Realitäten in der Arbeitswelt anpassen. „Kommunalpolitik ist das

Fundament unserer Demokratie“, meinte Minister Pistorius. Daher brauche man bestmögliche Rahmenbedingungen, um berufliche und familiäre Pflichten mit dem Engagement in den Kommunalparlamenten unter einen Hut zu bringen.

Und dann findet sich noch eine sprachliche Korrektur in der Novelle. Gleichstellungsbeauftragte sind ihren Bürgermeistern oder Landräten künftig nicht mehr „unterstellt“, sondern „zugeordnet“. Dies solle deutlicher machen „dass die Gleichstellungsbeauftragte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben keine Vorgesetzte oder keinen Vorgesetzten hat“, heißt es in der Gesetzesbegründung. Der bisherige Wortlaut erwecke den Anschein, dass die Gleichstellungsbeauftragten ihren Chefs „hierarchisch untergeordnet“ seien. Diese Passage fand denn auch die volle Zustimmung der Grünen-Fraktion.

Fünf Jahre bleiben

Sehr zum Verdruss der Kommunalen Spitzenverbände packt Niedersachsens SPD/CDU-Regierung die Wiedereinführung der achtjährigen Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten bei der jetzigen Gesetzesnovelle nicht an. So bleibt es bei der von der rot-grünen Vorgängerregierung eingeführten fünfjährigen Wahlzeit – parallel zu den Kreistagen und Stadträten. Landkreistag und Städtetag kritisieren, dass langfristige Projekte dadurch nur schwer zu realisieren seien.

HPM



Statement von Dr. Marco Genthe

zur geplanten Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Zur geplanten Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sagt der innenpolitische Sprecher der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, Marco Genthe:

„Gerade einmal fünf Monate vor der Wahl will die Landesregierung das Verfahren für die Sitzverteilung in den kommunalen Ausschüssen zu ihren Gunsten ändern. Das bisherige System hat das jeweilige Wahlergebnis sehr gut abgebildet. Doch angesichts der aktuellen Umfragewerte wollen sich SPD und CDU ihre Sitze in den Kommunen sichern, auch wenn kleinere Parteien dadurch ihre Ausschusssitze verlieren sollten.

Zukünftig soll das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt angewendet werden, das größere Parteien eindeutig bevorzugt. Die Begründung, dass die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse gestärkt werden soll, indem einfacher Mehrheiten zu bilden sind, ist absurd.

Wenn der Wähler mehr Diskussionen und weniger absolute Mehrheiten möchte, dann ist das zu respektieren! Nun die eigene Regierungsmehrheit im Landtag auszunutzen, um die Meinungsvielfalt in den kommunalen Parlamenten zu beschneiden, ist angesichts der gesellschaftlichen Debatte absolut kontraproduktiv.“



Verdi-Gewerkschafter luden zum Online-Gespräch ein

Schwindender Rückhalt der Polizei in Politik und Gesellschaft

Mit dem Fraktions- und Landesvorsitzenden der niedersächsischen FDP Dr. Stefan Birkner war der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Marco Genthe, zum Gedankenaustausch bei der Gewerkschaft der Polizei in Nienburg eingeladen.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe Axel Grünvogel hatte eine umfangreiche Liste an Themen vorbereitet. Ein Schwerpunkt bildete der schwindende Rückhalt der Polizei in der Politik und Gesellschaft. Scharf kritisiert wurde durch die Gewerkschafter die inzwischen auf bundesweit 60.000 angestiegenen

jährliche Anzahl von Angriffen auf Polizeibeamte. Auch die Ausstattung wurde mehrfach kritisiert. Insoweit hat die Gewerkschaft mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, dass sich aus einer parlamentarischen Anfrage von Genthe ein Sanierungstau bei den Polizeigebäuden in Höhe von 200 Millionen Euro ergeben hat.

Sowohl Birkner als auch Genthe machten deutlich, dass eine funktionierende Polizei eine unabdingbare Voraussetzung für eine freiheitliche Bürgergesellschaft ist, wie sie von der FDP angestrebt wird.



Der Verdi-Landesbezirksleiter Niedersachsen/Bremen, Detlef Ahting, hatte mit vier weiteren Gewerkschaftlern aus der Leitungsebene zu einem online durchgeführten Austausch mit der FDP-Landtagsfraktion eingeladen. Von Seiten der Fraktion nahmen deren Vorsitzender Dr. Stefan Birkner, der innenpolitische Sprecher Dr. Marco Genthe sowie der zuständige Referent Florian Sauer teil.

Die Themenpalette war breit gefächert. Vom Wahlrecht der Beamten bzgl. der Krankenversicherung, einer Corona-Zulage, Weihnachtsgeld, Leistungsorientierter Bezahlung bis hin zum Bildungs-

urlaub. Bei den einzelnen Themen zeigten sich auch deutliche Unterschiede zwischen den Gesprächsteilnehmern. So unter anderem bei den Krankenversicherungen.

Doch die freundlich geführten Diskussionen führten am Ende zu der Vereinbarung, im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen nochmal das Gespräch zu suchen. Dabei soll es auch um die unterschiedlichen Vorstellungen gehen, wie eine Verbesserung der Vergütung, über deren Notwendigkeit Einigkeit herrschte, konkret gestaltet werden kann.



Lesen Sie auch online:

www.facebook.com/marcogenthe

www.instagram.com/marcogenthe



Marco Genthe: Eine Politik für Stadt und Land

„Nichts los auf dem Dorf“ versus „Arm in der Stadt“? Statt vermeintlicher Gegensätze zwischen Stadt und Land betont Marco Genthe die Vielfalt der Lebensentwürfe. Denn die meisten wollen etwas dazwischen.

Häufig sieht es so aus: Wer sich mehr Ruhe und Platz wünscht und oft auch, wer eine Familie gründet, zieht aufs Land. Später, wenn die Kinder größer werden und etwas erleben wollen, ihre Selbständigkeit erproben möchten oder ihre Karriere starten soll, dann ziehen sie in die Stadt. Der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Marco Genthe findet, dass Stadt und Land keine Gegensätze sein müssen. Er betont die Chancen, die in der Vielfältigkeit Niedersachsens liegen: "Die Lebenssituationen der Menschen in Niedersachsen unterscheiden sich. Bei uns gibt es ländliche Idylle und städtische Vielfalt. Und vor allem: Es gibt alles dazwischen. Wir wollen nicht, dass städtische und ländliche Lebensentwürfe gegeneinander ausgespielt werden. Denn: Stadt und Land ist nicht entweder oder. Es gehört zusammen." Vielmehr seien die scheinbaren Pole stark voneinander abhängig. Genthe: "So ist die Versorgung der Städte mit gesunden, nach hohen Standards produzierten Lebensmitteln ist ohne das Land nicht möglich. Gleichzeitig sind vor allem solche ländlichen Regionen beliebt, die gut an Ballungsräume, also beispielsweise große Städte, angebunden sind. Wir brauchen nicht Ruhe oder Stadtgetümmel, Ausgehen oder Hahnenschrei zum Aufstehen. Wir wollen ein Leben nach eigenen Maßstäben. Da sind Städte und Dorfbewohner einander wieder sehr gleich." Deshalb ist für Genthe klar: Es muss überall möglich sein, gut und selbstbestimmt zu leben.

Dafür gibt es einiges zu tun. Genthe: "Vor allem muss es wieder eine freie Entscheidung werden, wo jemand leben will. Wenn Menschen die Stadt verlassen, weil sie sich das Wohnen dort nicht mehr leisten können oder wenn sie in die Stadt ziehen, weil sie auf dem Land keine Arbeit finden, ist das nicht zufriedenstellend. Wir müssen die Rahmenbedingungen in beiden Szenarien verbessern." In den Städten liegt die

Lösung scheinbar auf der Hand. Verantwortlich für die hohen Wohnkosten ist der Mangel an Wohnraum. "Vor allem in den großen Städten muss 'Bauen, bauen, bauen' die Devise sein", sagt Genthe. "Es ist sinnvoll, nachzuverdichten, aber auch die schnelle und unkomplizierte Umwidmung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum kann hier viel bewirken. In den Kleinstädten wird es komplexer. Nicht der Wohnraumangel, sondern vor allem das schwindende Angebot lässt hier die Perspektiven schrumpfen. Gute Politik in Kleinstädten muss attraktive Innenstädte fördern. Sie muss die Rahmenbedingungen für eine vielfältige und kreative Nutzung des öffentlichen Raums und ausreichend Möglichkeiten für Unternehmer schaffen, dann kommen die Menschen auch und bleiben", sagt Genthe.

Umgekehrt komme es auch darauf an, das Wohnen auf dem Land attraktiver zu machen und den ländlichen Raum wieder an die Stadt anzudocken. Marco Genthe erklärt: "Wenn wir es schaffen, die Abwanderung zu stoppen, gibt es auch wieder mehr Abnehmer für kulturelle Angebote auf dem Land. Deshalb brauchen wir flächendeckendes Internet - auch mobiles Internet. Wenn man realistisch auf dem Land leben und von zu Hause arbeiten kann, gibt es für Viele plötzlich kaum noch gute Gründe, in die Stadt zu ziehen. Viele wollen gar nicht weg, sie wollen aber beruflich mehr Möglichkeiten. Sie wollen dabei unabhängig sein, auch vom eigenen Auto." Deshalb sei ein weiterer Schritt, den Politik zur Belebung des Landlebens unternehmen solle, nach Genthes Ansicht, die Suche nach intelligenten Mobilitätslösungen. "Die Bedürfnisse in Stadt und Land ähneln sich häufig: Flexible Mobilität, die weniger Ressourcen verbraucht. Die Lösungen müssen jedoch andere sein. Wir können Carsharing-Angebote nicht einfach aus Hamburg übernehmen und auch der Ausbau von Bus und Bahn wäre wünschenswert, rechnet sich in weniger dicht besiedelten Räumen aber nicht. Deshalb braucht es smarte, digitale und flexible Lösungen. Rufbusse, Mitfahrangebote, andere Wege, um Mobilität zugänglich und effektiver zu machen, sind gefragt. Politik kann hier den Rahmen für notwendige Innovatio-

nen schaffen und Prozesse anstoßen. Die Lösungen müssen von den Menschen kommen, sonst werden sie nur zögerlich angenommen", sagt Genthe.



Geben wir der deutschen Landwirtschaft eine Zukunft!

Antwort von Marco Genthe auf einen Leserbrief vom 8. Juni 2021

Das Bild der deutschen Landwirtschaft, das in dem Leserbrief durch Herrn Niemeyer gezeichnet wurde, ist ein düsteres, aber durchaus realistisches. Der Leserbrief spiegelt in allen Facetten die zunehmende Ausweglosigkeit für viele Landwirte wider. Ein zunehmendes Höfesterben und ein Abwandern der Produktion ins Ausland ist die Folge der aktuellen Politik. In Deutschland und insbesondere in Niedersachsen produzieren unsere Landwirte qualitativ hochwertiger Lebensmittel unter Berücksichtigung höchster Umweltstandards. Dabei ist den Landwirten völlig bewusst, dass eine intakte Natur die Grundlage ihrer Unternehmen ist. Ein Abwandern der landwirtschaftlichen Produktion und Tierhaltung ins Ausland würde aber am Ende bedeuten, dass wir in unseren Supermärkten Produkte in den Regalen liegen haben, bei deren Herstellung weder auf Tier- noch auf Klimaschutz Wert gelegt wurde. Und auch die allseits beliebten regionalen Produkte und Hofläden würden von der Bildfläche verschwinden. Wenn die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigen

und regionalen Lebensmitteln erst offensichtlich gefährdet ist, ist es zu spät für unsere Landwirtschaft. Unsere Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln ist nicht selbstverständlich und es ist ein gefährlicher Fehler, dies anzunehmen.

Meine Fraktion hat im Niedersächsischen Landtag den Antrag „Höfesterben stoppen - Schärfere Auflagen und Niedrigpreise gefährden Existenzen“ eingebracht. In einer umfangreichen Anhörung im zuständigen Agrarausschuss erfuhren wir viel Unterstützung. Leider wurde dieser Antrag aber mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Die Landwirte gehen seit über einem Jahr zu friedlichen Demonstrationen auf die Straßen, weil sie ihre Existenz durch politische Entscheidungen gefährdet sehen. Die Landwirte und auch Herr Niemeyer warten auf ein Signal, was deutlich macht, dass eine qualitative hochwertige und nachhaltige Landwirtschaft auch weiterhin gesellschaftlich gewollt ist!



Lesen Sie auch online:

www.facebook.com/marcogenthe



www.instagram.com/marcogenthe



Dr. Birkner mit Kritik an der Corona-Politik der Landesregierung

Im Rahmen einer Pressekonferenz der FDP Landtagsfraktion kritisierte die Vorsitzende Dr. Stefan Birkner noch einmal deutlich die Landesregierung für ihre Corona-Politik. Es sei keine Strategie zu erkennen, auch nicht für den kommenden Herbst. So sei es insbesondere erforderlich, die Schulen endlich pandemiefest zu machen, zum Beispiel durch Lüftungsanlagen. Nicht hinnehmbar sei, wenn wieder Schulschließungen drohen würden, weil nicht ausreichend Schüler geimpft werden konnten und gleichzeitig keine technischen Vorkehrungen getroffen wurden.

Im zweiten Teil der Konferenz stellte der rechtspolitische Sprecher Dr. Marco Genthe den Entschließungsantrag „Update für die Justiz“ der Fraktion

vor. Er erklärte, wie der vermehrte Einsatz von künstlicher Intelligenz durch Großkanzleien, unter anderem bei der Generierung von Schriftsätzen, Gerichte lähmen kann. Solche Massenschriftsätze, wie sie im VW-Verfahren schon zu sehen waren, führen zu einer Überforderung von Gerichten und Gegenparteien. Die Chancengleichheit vor Gericht sei daher schnell gefährdet, wenn sich die Justiz auf diese nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung einstellen würde. Insoweit schlug Genthe konkrete Maßnahmen vor und betonte, dass insbesondere in einer sich zuspitzenden gesellschaftlichen Situation die Akzeptanz eines funktionierenden Rechtsstaates von entscheidender Bedeutung für ein friedliches Miteinander sei.



Erfolg braucht starke Partner.

gutenbergstraße 1
49419 wagenfeld
telefon 05444 9889-0
telefax 05444 9889-50
info@digitales.de

digitales

gesellschaft für print- und infomedien mbh

Bild Hannover vom 10.06.2021

Ausschnitt aus der BILD-Zeitung



Autor: dp
Seite: 9 bis 9
Rubrik: Hannover

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 1/2021

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Jahrgang: 2021
Nummer: 132
Auflage: 52.911 (gedruckt) ¹ 36.570 (verkauft) ¹
36.655 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,240 (in Mio.) ²

Vorsicht, trotz aller Lockerungen

... mahnt Corona-Ministerin

dp Hannover - Weiter Streit um die Corona-Politik der Landesregierung. Die Opposition forderte gestern erneut die Mitsprache des Parlaments.

Zudem sollten Verordnungen künftig 24 Stunden vor ihrer Gültigkeit veröffentlicht werden. "Das würde Fehler in der Verordnung vermeiden", so Helge Limburg (Grüne). Marco Genthe (FDP) fordert ein

Ende der "Schnellschüsse hinter verschlossenen Türen".

Gesundheitsministerin Daniela Behrens (SPD) mahnte trotz aller Lockerungen zur Vorsicht. Das Land befinde sich weiter in einer epidemischen Lage nationaler Tragweite. "Ich kann es nicht gutheißen, alle Beschränkungen aufzuheben."

Mit mehr als 107 000 Impfungen innerhalb eines Tages wurde am Dienstag ein weiterer Spitzenwert

erreicht. 47,2 % aller Niedersachsen sind erstgeimpft, 21,5 % vollständig. Um übrig gebliebene Impfdosen abends zügig verimpfen zu können, gibt es in Hannover die Impfbrücke. Sie ist jetzt für alle Wartenden offen, die nach einer SMS-Nachricht spontan ins Impfzentrum kommen können: <https://hannover.impfbruecke.de>.



ZEIT FÜR NEUES

WERBEBERATUNG 

CORPORATE DESIGN 

DRUCKPRODUKTE 

OFFSETDRUCK 

DIGITALDRUCK 

PLAKATE | FLYER 

AUTOBESCHRIFTUNG 

SCHILDER | AUFKLEBER 

KLÖNSNACK 

FAIRE PREISE 

WIR SIND DA 

digitales
gesellschaft für print- und infomedien mbh

Gutenbergstraße 1 | 49419 Wagenfeld | Fon 05444 | 9889-0 | info@digitales.de